

Neuer Schutzerlass gegen Rechtlosigkeit

Der Oberste Gerichtshof hat am 25. September 2007 einen Schutzerlass für Opfer und Zeugen von außergerichtlichen Hinrichtungen und Entführungen, sowie für deren Familien, erlassen. Der sogenannte »Writ of Amparo« ist am 24. Oktober 2007 in Kraft getreten und bietet Schutz für Menschen, deren Leben, Freiheit oder Sicherheit durch Behörden und Unternehmen oder deren Angestellte bedroht wird.

Der Schutzerlass soll als Instrument gegen das Klima der Rechtlosigkeit, in der politisch motivierte Morde und Entführungen stattfinden, benutzt werden können.

Der Antrag auf Schutz kann beim Amtsgericht (*Regional Trial Court*), beim Obersten Gerichtshof, sowie beim Anti-Korruptionsgericht (*Sandiganbayan*) und Berufungsgericht (*Court of Appeals*) gestellt werden. Wird der Schutzerlass ausgestellt, hat dies weitreichende Konsequenzen für die beschuldigten Stellen: Sie müssen innerhalb von 72 Stunden schriftlich antworten. Handelt es sich um Behörden, müssen diese offen legen, welche Anstrengungen für die Aufklärung der betreffenden außergerichtlichen Hinrichtung oder Entführung unternommen werden.

Menschenrechtsorganisationen und Opfer von politisch motivierten Morden begrüßten den »Writ of Amparo«. In den ersten drei Wochen nach seinem in Kraft treten wurden sechs Anträge gestellt und in drei Fällen Schutzerlasse ausgestellt. In den anderen Fällen gab es aus technischen Gründen Verzögerungen. Ob der Schutzerlass tatsächlich langfristig umgesetzt wird und das Klima der Rechtlosigkeit in Einzelfällen aufzubrechen vermag, bleibt abzuwarten.

vgl. Manila Times, 18.11.07, Supreme Court 25.9.07

Regierungsskandale häufen sich

Ein Bestechungsskandal in Zusammenhang mit dem Großprojekt National Broadband Network (NBN) hat die Regierung Arroyo erschüttert. In dem betreffenden Projekt sollten landesweit Behörden über Internetkabel und Drahtlosnetzwerke verbunden werden. Das an das chinesische Unternehmen Zhong Xing Telecommunications Equipment Limited (ZTE) vergebene Projekt war nach Angaben des Sohnes von Kongresssprecher Jose de Venecia, Joey de Venecia, mit 330 Mio. US\$ zu 100 % übersteuert.

Joey de Venecia, dessen Firma Amsterdam Holding mit einem billigeren Angebot an der Ausschreibung teilgenommen hatte, warf dem Ehemann der Präsidentin, Mike Arroyo, vor an der unrechtmäßigen Vergabe des Auftrags an ZTE beteiligt gewesen zu sein. De Venecia hatte Präsidentin Arroyo nach eigenen Angaben zuvor auf die Übersteuerung des Projektes hingewiesen. Nach seinen Angaben sollte Mike Arroyo ein Bestechungsgeld in Höhe von 70 Mio. US\$ bei Vertragsabschluss mit ZTE bekommen.

Dem Vorsitzenden der Wahlbehörde COMELEC, Benjamin Abalos, wurde seine Verwicklung in den Skandal zum Verhängnis. Nachdem er vor der vom Senat eingesetzten Untersuchungskommission ausgesagt hatte, von ZTE Reisen nach China spendiert bekommen zu haben, trat er von seinem Amt zurück.

Nach massivem öffentlichen Druck hat Präsidentin Arroyo den Vertrag mit ZTE gekündigt. Die Untersuchungskommission des Se-

nats hat ihre Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Der sogenannte NBN Skandal hat interne Konflikte innerhalb der Regierungskoalition zwischen den Parteien Lakas und Kampi verschärft.

Vor diesem Hintergrund erschütterte ein weiterer Bestechungsskandal die Regierung Arroyo. Der neu gewählte Gouverneur von Pampanga, Ed Panlilio, gab an, dass am 11. Okt. 2007 während einer Sitzung im Präsidentenpalast Malacañang seinem Büroleiter ein brauner Umschlag mit 500.000 Pesos ohne Unterschrift und Formalien überreicht worden sei. Auch anderen der anwesenden 90 Kongressabgeordneten und 200 Lokalpolitikern sollen Umschläge überreicht worden sein. Zwei anonym gebliebene Abgeordnete der Liberalen Partei bestätigten, ebenfalls Umschläge erhalten zu haben.

Die Opposition wirft Präsidentin Arroyo vor, dass die Gelder als Bestechungsversuch in Zusammenhang mit einem Amtsenthebungsverfahren stehen, welches schnell verabschiedet werden sollte: Das Amtsenthebungsverfahren gilt als ungefährlich für Arroyo, da es inhaltlich sehr schwach ist. Nach dem Gesetz darf jährlich nur ein Amtsenthebungsverfahren stattgegeben werden, Arroyo hätte also ein weiteres Jahr Ruhe vor ernst zu nehmenden Amtsenthebungsverfahren.

Die vom Senat eingerichtete Untersuchungskommission zu den Bestechungsgeldern hat am 14.11. mit ihren Anhörungen begonnen. vgl. PDI 20.11., 20.9., 14.11., 29.10.07

Aquinos Mörder begnadigt

Pablo Martinez, einer der verurteilten Mörder von Benigno »Ninoy« Aquino, ist nach 24 Jahren Haft begnadigt worden. Präsidentin Arroyo unterzeichnete seine Begnadigung aufgrund seines fortgeschrittenen Alters und guter Führung. Nach Protesten seitens der Aquino-Familie ließ man aus dem Präsidentenpalast verlauten, man habe nicht gewusst, dass es sich bei

Pablo Martinez um einen der 16 verhafteten Soldaten gehandelt habe, die 1990 im Zuge der Ermittlungen um den Tod von Ninoy Aquino und Rolando Galman zu lebenslanger Haft verurteilt worden waren. Die anderen noch lebenden Soldaten haben nun auch Anträge auf Begnadigung gestellt.

vgl. PDI, 23.11.07

Bomben-Anschlag auf das Parlament

Extremisten haben am 13. November 2007 erstmals einen Anschlag auf das Parlament in Manila verübt und dabei vier Menschen getötet. Der Anschlag galt nach Einschätzung der Polizei dem Abgeordneten der Insel Basilan, Wahab Akbar. Akbar hatte Militäraktionen gegen militante Muslime unterstützt. Der aus dem unruhigen muslimischen Süden des Landes stammende Politiker war einer der Toten. Zudem ist der Fahrer einer Parlamentarierin ums Leben gekommen, sagte der Präsident des Abgeordnetenhauses, Jose de Venecia. Laut Polizeiangaben soll der Sprengsatz an einem vor dem

Parlament abgestellten Motorrad befestigt worden sein, der Teile des Südflügels zum Einsturz brachte. Die Polizei nahm bereits drei Anhänger der al-Qaeda-nahen Abu Sayyaf fest, sowie den politischen Gegenspieler Akbars und ehemaligen Bürgermeister von Tuburan, Hajaron Jamiri, der als Schlüsselfigur in diesem Fall gilt.

Zur Zeit der Detonation wurde im Parlament ein Antrag zur Amtsenthebung Arroyos wegen Korruptionsvorwürfen diskutiert.

vgl. Mindanao Times 27.11.07, PDI 23.11.07, Phil. Star 21.11.07

Tote durch Explosionen in Einkaufszentren

Mehrere mutmaßliche Bombenanschläge auf Einkaufszentren haben in Manila und Kidapawan zu mehreren Toten und zahlreichen Verletzten geführt. In Manila kamen bei einer Explosion in der Glorietta Mall elf Menschen ums Leben. Weitere 100 Menschen wurden verletzt. Die Polizei ist nach Untersuchungen des Unglücksortes zu dem Schluss gelangt, dass es sich nicht, wie anfangs vermutet, um einen Bombeanschlag gehandelt hat.

Luizo Ticman, Leiter der Untersuchungsmission, gab an, das die vorliegenden Untersuchungsergebnisse auf eine Gasexplosion hindeuten. Der Besitzer des Glorietta-Einkaufszentrum bestreitet die Gastheorie und legte Gegen-

gutachten vor. Sollte sich die Theorie der Gasexplosion bestätigen droht den Verantwortlichen ein Prozess.

In Kidapawan gab es nach einer Explosion in einem Einkaufszentrum am 22.11.07 einen Toten und acht Verletzte. Die örtliche Polizei gab an, dass es sich hier um eine Bombe gehandelt hat, die in der Nähe der Gepäckaufbewahrung deponiert wurde. Zwei Verdächtige wurden mittlerweile festgenommen. In den letzten Jahren ist es immer wieder zu Bombeanschlägen in der Stadt gekommen. Die Taten werden lokalen operierenden Banden zugeschrieben.

vgl. PDI, 5.11.07, 23.11.07 GMA News-TV 22.11.07

Estrada begnadigt

Bereits einen Monat nach seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft im September, ist der ehemalige Präsident Joseph Estrada durch seine Amtsnachfolgerin Gloria Macapagal-Arroyo begnadigt worden. Nach sechseinhalbjährigem Hausarrest trat der einstige Schauspieler am 26. Oktober 2007 als freier Mann unter die Augen der Bevölkerung.

Arroyo begründete die Entscheidung mit der gesetzlichen Regelung, Freiheitsstrafen für über 70-jährige Verbrecher zu erlassen. Kritiker hingegen sehen die Begnadigung als Versuch an, die politische Opposition zu neutralisieren.

Estrada wurde 2001 wegen Veruntreuung von über vier Milliarden Pesos von einem militärisch gestützten Volksaufstand aus dem Amt gejagt. Der bei vielen Teilen der Bevölkerung als »Held der Armen« Verehrte versprach, sich von jeglichen politischen Ämtern fernzuhalten und sich fortan der Armutsbekämpfung zu widmen.

vgl. PDI, 28 – 30.10.07

Bergbau großgeschrieben

Die philippinische Regierung hat ihr Ziel für ausländische Direktinvestitionen im Bergbaussektor bis zum Jahr 2011 von ursprünglich 6,5 auf 10,4 Mrd. US\$ angehoben. Die Regierung hat es sich seit Jahren zum Ziel gesetzt, die Bergbauindustrie als Zugpferd für Auslandsinvestitionen zu nutzen. Laut Regierungsangaben verfügt das Land über unerschlossene Mineralienvorkommen in einem Wert von einer Bill. US\$. Nach einem Bergbauboom in den 1970er und frühen 1980er Jahren führten ökologisches Missverhalten, der Widerstand der Bevölkerung und Landrechtsfragen zu einer Stagnation im Bergbaussektor. Dies soll sich nun, mit dem wachsenden Interesse ausländischer Investoren, wieder ändern. Der Widerstand der lokalen Bevölkerung, die gegen die Verschmutzung ihrer Umgebung und die Vertreibung von ihrem Land protestieren, hält jedoch an.

vgl. Business World 17.10.07